

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschm. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72204	Inseratenpreise: Die Tagesblatt-Kolonnenzeile 35 Pf., bei Waportschritt 40 Pf., Stellenangebote 10 Gd., Kolonnenzeile 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gd., Kolonnenzeile mit 50% Nachl., Reklameseite 2 M., Inserate v. ausw.: die 10 Gd., Kolonnenzeile 40 Pf., bei Waportschritt 50 Pf., Reklameseite 2.25 M.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Streitwelle steigt

Der Werksstreik voll im Gange

WVB Hamburg, 1. Oktober.

Die Werksarbeiter in Hamburg sind der Streikparole der Gewerkschaften heute allgemein gefolgt. Die wenigen heute zur Arbeit Erschienenen setzten sich aus Meistern, Vorarbeitern, Lehrlingen und über 60 Jahre alten Leuten zusammen. Verstärkte Polizeipatrouillen sorgen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

WVB Kiel, 1. Oktober.

In Verfolg der von den Gewerkschaften ausgehenden Parole ist nach dem Scheitern aller Verhandlungsmöglichkeiten die Arbeit heute früh auf allen Kieler Seeschiffswerften eingestellt worden. Von dem Streik werden allein in Kiel rund 13 000 Arbeiter betroffen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

WVB Bremen, 1. Oktober.

Nach gescheiterten Lohnverhandlungen ist auch hier und in den Unterverorten die Arbeiterschaft auf den Seeschiffswerften der Streikparole vollständig gefolgt. Sämtliche Werksbetriebe wurden heute morgen stillgelegt. Die wenigen Kriegeschadigten und älteren Leute, die heute morgen zur Arbeit angetreten waren, verließen bald wieder ihre Arbeitsplätze. Dem Streik schlossen sich hier und in den Unterverorten etwa 15 000 Mann an.

WVB Stettin, 1. Oktober.

Die Stettiner Werksarbeiter sind infolge Lohnstreitigkeiten heute in den Streik getreten. Es dürfte sich um ungefähr 1200 Arbeiter handeln, von denen 1100 auf die Hüfse-Werft, 400 auf die Dörschwerf und 300 auf die Stettiner Oberwerft entfallen.

WVB Lübeck, 1. Oktober.

Auf den beiden Lübecker Schiffswerften Henzen Koch u. G. und dem Fleanderwerk streikten über 1000 Werksarbeiter. Nur eine kleine Anzahl Arbeitswilliger geht der Arbeit nach. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

WVB Hamburg, 1. Oktober.

Von dem Werksarbeiterstreik werden in Hamburg rund 18 000, in Bremen rund 12 000 und in Kiel über 11 000 Arbeiter betroffen. Damit haben rund 90 Prozent aller Werksarbeiter dieser drei Städte die Arbeit niedergelegt. An vielen Stellen stehen Streikposten. Verstärkte Polizeipatrouillen patrouillieren in der Hafengegend. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen. Es halten sich bei den verschiedenen heiligen Werften zwar manche Arbeitswillige eingefunden, wobei es sich um Meister, Vorarbeiter, Lehrlinge und ältere Arbeiter handelte; sie mußten jedoch alle wieder nach Hause geschickt werden.

10000 tschechische Bergarbeiter im Streik

SPD Prag, 1. Oktober.

Auf einer Konferenz der freien Bergarbeiterorganisation wurde das Angebot der Unternehmer, das eine Prozentige Lohnhöhung vorsieht, dafür aber erhöhte Leistungen und die Beseitigung verschiedener Vorteile des alten Kollektivvertrages verlangt, einstimmig als ungenügend abgelehnt und beschloffen, die Arbeit einzustellen. Die Arbeitseinstellung wurde sofort in 31 öffentlichen Bergarbeiterversammlungen proklamiert. Der Streik hat am Montag begonnen und umfaßt mehr als 10 000 Bergarbeiter.

Streikbeschluss im niederschlesischen Bergbau

L. Seit Wochen befinden sich die niederschlesischen Bergarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Notlage der Bergarbeiter, die die schlechtesten Löhne ganz Deutschlands sind, wird in der breitesten Öffentlichkeit anerkannt. Selbst der Reichspräsident Hindenburg, der anlässlich der schlesischen Reichswehrmanöver das Waldenburger Steinkohlenrevier besuchte, war

erschüttert über das soziale und kulturelle Elend der Bergbaubevölkerung.

„So kann es nicht weitergehen!“, äußerte sich der Reichspräsident. Auch der Reichsinnenminister Severing, der bald nach Hindenburg das Revier besuchte, bestätigte die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichsregierung. Er stellte den Bau von reichsgeigenen Häusern mit 600 Bergarbeiterwohnungen in Aussicht, um die entsetzliche Wohnungsnot im Revier nur einigermaßen zu mildern.

Trotz alledem setzen die Grubenunternehmer allen Forderungen der Bergarbeiter auf Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage seit Jahren den schärfsten Widerstand entgegen. Aus der Statistik ergibt sich, daß die Leistungen in den letzten Jahren trotz Belegschaftsabbau gesteigert sind. Die Bergarbeiter forderten daher mit Recht eine

Lohnerhöhung von 15 Prozent.

Aber auch diesmal waren die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband vollständig ergebnislos. Nach wie vor begründen die Unternehmer ihre Weigerung mit der angeblichen Unrentabilität des Waldenburger Kohlenbergbaues. Eine am Sonntag abgehaltene Konferenz der Bergarbeiterfunktionäre beschloß daher mit 247 Stimmen gegen 1 Stimmenthaltung, am Dienstag, dem 2. Oktober, im ganzen Revier in den Streik zu treten.

Damit sind die Mittel für das niederschlesische Steinkohlenrevier gefallen. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß

am 2. Oktober 27 000 Bergarbeiter sich im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen befinden werden.

Der ukrainische Brandherd

Von M. Smilg-Benario.

In den letzten einundneunzig Jahren beschäftigte man sich soviel mit dem Wilna-Problem und dem daraus resultierenden polnisch-litauischen Konflikt, daß man mit der Zeit den für den Frieden mindestens ebenso gefährlichen osteuropäischen Brandherd — die Ukraine — vergessen hat. In diesen Tagen wurde man aber wieder durch einen Zwischenfall an dieses Problem erinnert, wenn auch bedauerlicherweise die große europäische Presse von diesem Zwischenfall nur wenig Notiz genommen hat. Der polnische Wojwod in Wolhynien, Jussefski, ein Anhänger Pilsudskis, hielt auf einer Konferenz der Sejm- und Senatsabgeordneten der Pilsudski-Partei eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit der gewaltsamen Losreißung der Sowjet-Ukraine von der Sowjetunion hinwies. Der Vertreter der Sowjetregierung in Polen, Kojubinski, legte gegen diese Rede des wolhynischen Wojwoden einen förmlichen Protest ein und bezog sich dabei auf den Paragraph 5 des Rigaer Friedensvertrages, wonach sich die beiden Länder verpflichtet haben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes einzumischen. Das polnische Auswärtige Amt gab auf den russischen Protest hin die Erklärung ab, nach welcher Jussefski ihm zur Last gelegten Worte nicht gesprochen habe. Der Zwischenfall wurde zwar damit aus der Welt geschafft, aber bezeichnend für die nervöse Stimmung in Osteuropa ist die Rede des Kriegskommissars Woroschilow. Anlässlich der Manöver der Roten Armee in der Ukraine hielt er vor dem Roten Sowjet eine scharfe Rede gegen die polnischen Aspirationen bezüglich der Ukraine. Woroschilow erklärte, daß gerade die soeben abgehaltenen Manöver den Beweis erbracht hätten, daß im Ernstfälle ein polnischer Vorstoß mit noch größerer Wucht als im Sommer 1920 zurückgeschlagen werde. Es fragt sich nun, warum die Sowjetunion so energisch gegen die Rede Jussefskis aufgetreten ist?

Die tiefere Ursache der russischen Nervosität liegt darin, daß die ukrainische Frage nach der russischen Revolution und nach dem Weltkrieg aus einer inneren Angelegenheit zu einem europäischen Problem, das in sich große Gefahren birgt, geworden ist. Im Jahre 1918 kämpften in der heutigen Sowjet-Ukraine die Anhänger Petljuras vergeblich für die Unabhängigkeit ihres Landes. Moskau war es bald gelungen, die Ukraine zu erobern. Ebenso vergeblich verlief der Kampf der Ukraine in Ostgalizien gegen die Polen und in Bessarabien und der Bukowina gegen die Rumänen. Wie einst Polen, so ist nun heute die Ukraine unter vier Mächten aufgeteilt. Die Sowjetunion ist im Besitz des größten Teiles der Ukraine, wobei diese eine selbständige Republik innerhalb der Union bildet; Polen hat Wolhynien, Ostgalizien und das Cholim-Gebiet an sich gerissen, Rumänien — Bessarabien und die Bukowina und im Besitz der Tschchoslawakei befindet sich Karpatho-Rußland, dessen Bevölkerung ebenfalls zu den Ukrainern zählt.

Auf der kürzlich in Genf abgehaltenen Tagung der europäischen Minderheitsnationalitäten haben die Vertreter der ukrainischen Minderheiten in Polen eine Erklärung abgegeben, in der treffend die politische Lage der aufgeteilten ukrainischen Gebiete geschildert wird. In der Deklaration der Ukraine hieß es u. a.:

„Wir, die Vertreter des ukrainischen Volkes erklären, daß das ukrainische Volk mit der Tatsache seiner Eingliederung in fremde Staatskörper nicht einverstanden ist. In keinem der Staaten, in denen augenblicklich das ukrainische Volk gegen seinen Willen lebt, ist es nationale Minderheit, sondern es bildet in den von ihnen geschlossen bewohnten Gebieten überall die absolute Mehrheit.“

Wennschon an sich die Aufteilung der Ukraine eine Gefahr für den Frieden bildet, so findet die Lage auch noch dadurch eine Verschärfung, daß die ukrainische Frage eng mit dem russisch-polnischen Gegensatz verknüpft ist. In Polen vertreten bestimmte Kreise die Ansicht, daß Rußland, ganz gleich, ob es zaristisch, bolschewistisch oder demokratisch sei, der „Erbsfeind“ Polens sei. Zur Wahrung der Unabhängigkeit der polnischen Republik müßte Rußland möglichst weit nach dem Osten zurückgedrängt werden. Diese Ansicht fand z. T. ihren Ausdruck in dem Friedensvertrag von Riga, der aus strategischen Gründen die Einverleibung eines Teiles Weißrußlands und der Ukraine zu Polen vorsah. Die Aspirationen gewisser polnischer Kreise gehen jedoch noch weiter, und sie erstreben, aus den schon ausgeführten Gründen, die völlige Loslösung der Ukraine von Sowjetrußland. Wesentlich ist die Tatsache, daß diese Ansicht nicht etwa von politisch völlig unbedeutenden Gruppen, sondern von den Anhängern Pilsudskis, also von denen, die heute in Polen das Heft in der Hand haben, vertreten wird. Dies kam auch in der sicherlich ursprünglich wiedergegebenen Rede des wolhynischen Wojwoden zum Ausdruck. Noch wichtiger ist die Tatsache, daß Pilsudski selbst der Träger dieses Gedankens ist. Im Jahre 1920 versuchte er im Einvernehmen mit Petljura die Ukraine zu erobern. Dieser Versuch schlug bekanntlich fehl.

Beide Seiten betrachten den gegenwärtigen Zustand als einen vorübergehenden und glauben, daß die Lösung

Erhöhte Spannung in Oesterreich

Seipel verbietet den Arbeiteraufmarsch

SPD Wien, 1. Oktober.

Der Leiter der Bundespolizei in Wien hat am Montag den Sozialdemokratischen Arbeitertag, der für den 7. Oktober als Antwort auf die Provokationen des Heimwehr-einmärsches in Wiener-Neustadt vorgesehen war, verboten. Die Nachricht von dem Verbot hat in den Kreisen der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen.

In der Vollversammlung der Arbeiterkammer erklärte deren Sekretär Dr. Passa am Schluß seines Geschäftsberichtes am Montag, daß die Einberufung der Heimwehrtagung als schwere Herausforderung der Arbeiterschaft empfunden werden müsse. Es wäre Pflicht der Regierung, den Heimwehraufmarsch ebenfalls zu verbieten. Das jetzt erlassene Verbot des Arbeitertages zeige aber die partielle Einstellung der Regierung und ihren mangelnden Willen zur Wahrung des inneren Friedens. Jedenfalls trage die Regierung die Verantwortung für die weiteren Ereignisse.

Dazu teilt das WVB noch weiter mit:

Die Sozialdemokraten erklären, daß sie keinesfalls zulassen werden, daß am Sonntag nur der Heimwehraufmarsch stattfindet. Wenn ihnen auch verboten werde, geordnet und organisiert in Wiener-Neustadt zu erscheinen, würden sie sich doch in den Straßen einfänden und sie sperren, um den Heimwehramarsch unmöglich zu machen. Die Arbeiter von Wiener-Neustadt wollen sich sogar schon

am Sonnabend auf die Straßen begeben, um eine Art Blockade gegen den Heimwehraufmarsch durchzuführen. Für Mittwoch ist eine große Versammlung des republikanischen Schutzbundes einberufen, in der zu der neuen Lage Beschluß gefaßt werden soll. Ueber die Sicherheitsvorkehrungen, die die Regierung bzw. die Wiener Stadtbehörden für den 7. Oktober zu treffen gedenken, ist noch nichts bekannt. Dagegen weiß man, daß die Garnison von Wiener-Neustadt morgen aus der Stadt abziehen und durch Wiener Militär ersetzt werden wird. In einigen Familien von Wiener-Neustadt werden bereits Vorkehrungen getroffen, um die Frauen und Kinder während der kritischen Tage nach auswärts zu bringen.

In Wiener-Neustadt fand am Sonnabend eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensmänner des Industriegebietes auf dem Steinfelde statt, an der über tausend Delegierte, die 72 000 Arbeiter und Angestellten vertreten, teilnahmen. Nach dem Bericht aus Wiener-Neustadt sprach auf der Konferenz Landeshauptmannstellvertreter Helmert namens der sozialdemokratischen Parteileitung über den 7. Oktober. Er nahm auf das schärfste gegen den geplanten Aufmarsch der Heimwehren Stellung und erklärte, am 7. Oktober werde sich die ganze Arbeiterschaft dieses Gebietes in Wiener-Neustadt einstellen. Wenn man glaube, den Gegenmarsch verbieten zu können, so könne man wohl dieses Verbot aussprechen, aber man werde nicht verhindern können, daß die Arbeiter am 7. Oktober trotzdem nach Neustadt kommen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die fordert, daß die gesamte Arbeiter- und Angestellten-schaft des Bezirks am 7. Oktober am Arbeitertage teilzunehmen habe. Nach Schluß der Konferenz zogen die Delegierten in geschlossenem Demonstrationszuge durch die Stadt.